



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

25. April 1985

682

Ausgestellt

3003 Bern, 15. April 1985

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung

85.312 Interpellation Uchtenhagen vom 4. Februar 1985  
 Heimschaffung von Tamilen

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 15. April 1985

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Das Bundesamt für Ausländerfragen ist mit der Antwort einver-  
 standen. Die Ergebnisse der EA wurden voll berücksichtigt.

Die Vorschläge des EDA (Politische Direktion und Direktion für

Die Antwort auf die Interpellation Uchtenhagen wird  
 mit Aenderungen gutgeheissen.

Die von einer Anzahl von Hilfswerken beantworteten Ausbildungs-  
 und Beschäftigungsprogramme für Flüchtlinge sind geeignet,  
 die inländische Asylverfahren zu ergänzen, da sie auf den Zustrom von Asylbewerbern keinen Einfluss haben  
 können. Hingegen werden die Vorschläge im Sinne einer Rückkehr-  
 hilfe geprüft.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

An den Nationalrat

EIDGENÖSSISCHES

JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

Protokollauszug an:				
<input type="checkbox"/> ohne / <input checked="" type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
		EFD		
	X	EVD	5	-
		EVED		
	X	BK	4	-
		EFK		
		Fin. Del.		



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Ausgeteilt

3003 Bern, 15. April 1985

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung  
 85.312 Interpellation Uchtenhagen vom 4.2.1985  
 Heimschaffung von Tamilen

Die Antwort auf die Interpellation Uchtenhagen wird gutgeheissen (s. Beilage).

Das Bundesamt für Ausländerfragen ist mit der Antwort einverstanden. Die Ergänzungen des BIGA wurden voll berücksichtigt. Die Vorschläge des EDA (Politische Direktion und Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe) wurden nur teilweise übernommen.

Die von einer Anzahl von Hilfswerken befürworteten Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Asylbewerber sind nicht geeignet, die inländische Asylproblematik zu entschärfen, da sie auf den Zustrom von Asylbewerbern keinen Einfluss haben können. Hingegen werden die Vorschläge im Sinne einer Rückkehrhilfe geprüft.

EIDGENÖSSISCHES  
 JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

Beilagen:

Antwort deutsch  
 und französisch

An den Nationalrat

Protokollauszug an:



85.312 Interpellation Uchtenhagen vom 4.2.1985

Heimschaffung von Tamilen

---

Text des Vorstosses

Die Eskalation der Gewalt hat in den letzten Monaten im Norden Sri Lankas zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt. Nach übereinstimmenden Aussagen ist das Leben junger Tamilen zwischen 18 und 35 Jahren im Norden generell gefährdet. Auch im Süden ist ihre Sicherheit nicht gewährleistet. In dieser Situation erscheint es nicht verantwortbar, asylsuchende Tamilen in ihre Heimat zurückzuschaffen.

Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Grundlagen, auf die sich der Bundesrat bei seinem Entscheid vom 1. Oktober 1984 stützte, wonach asylsuchende Tamilen grundsätzlich zurückgeschickt werden können, haben sich als wenig zuverlässig erwiesen. Es stellt sich daher die Frage, welche Anstrengungen der Bundesrat jetzt unternimmt, um seinen bevorstehenden Entscheid auf eine zuverlässigere Basis abzustützen.
2. Seit Beginn dieses Jahres verweigern die Behörden einzelner Kantone Asylsuchenden generell und auf unbestimmte Zeit jede Arbeitsbewilligung. Wie verträgt sich diese Praxis nach Auffassung des Bundesrates mit der eidgenössischen Asylgesetzgebung?
3. Angesichts der zum Teil neuartigen Asylproblematik wären die Hilfsorganisationen offensichtlich bereit, neue Wege zu beschreiten und z.B. Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme zu organisieren für jene Asylgesuchsteller, welche vorübergehend nicht in ihr Land zurückkehren können. Ist der Bundesrat bereit, derartige Massnahmen zu fördern insbesondere für jene

25.4.1985

Asylgesuchsteller, denen keine Arbeitsbewilligung erteilt wird?

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Borel, Braunschweig, Chopard, Christinat, Deneys, Fankhauser, Friedli, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Solothurn, Longet, Mauch, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Weber-Arbon (25)

Antwort des Bundesrates

1. Dem Bundesrat standen für seinen Beschluss vom 1. Oktober 1984 verschiedene Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung, nebst dem verwaltungsinternen Bericht Hess/Hadorn unter anderen auch die Stellungnahmen des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge und der schweizerischen Flüchtlingshilfswerke. Diese Quellen decken sich in den Lagefeststellungen zum grössten Teil. Es besteht deshalb kein Anlass, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln.

Allerdings beurteilen die Autoren dieser verschiedenen Studien die Frage der Zumutbarkeit der Heimschaffung von abgewiesenen tamilischen Asylbewerbern nach Sri Lanka unterschiedlich und gelangen demzufolge zu verschiedenen Schlussfolgerungen.

Angeichts dieser komplexen Lage wird der Bundesrat auch in Zukunft alle ihm zugänglichen Informationsquellen sorgfältig ausschöpfen, um die ihm obliegenden Entscheide so breit wie nötig abzustützen.

2. Nach dem Asylgesetz sind die Kantone zuständig, den Asylgesuchstellern Arbeitsbewilligungen zu erteilen. Diese Kompetenzzuweisung hat ihren Sinn darin, den Kantonen die nötige Flexibilität zu gewähren, um den jeweiligen lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Damit können die Kantone nicht nur



ihrer Pflicht zur Berücksichtigung der Priorität des einheimischen Arbeitnehmers im Einzelfall nachkommen, sondern auch durch eine generell zurückhaltende Bewilligungspraxis vermehrt schwierigen Arbeitsmarktverhältnissen Rechnung tragen. Schliesslich können sie in Fällen, in denen Ausländer ein Asylgesuch lediglich zum Zweck der Erlangung einer Arbeitsbewilligung stellen, die Bewilligung verweigern.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass angesichts der gegenwärtigen Umstände die Verweigerung einer Arbeitsbewilligung in den ersten Monaten nach Einreichung eines Asylgesuches vertretbar und den Gesuchstellern zuzumuten ist. Dagegen sind länger andauernde generelle Arbeitsverbote abzulehnen. Sie führen dazu, dass die Betroffenen fürsorgerisch unterstützt werden müssen, und können die Reintegrationsfähigkeit bei einer Rückkehr ins Heimatland beeinträchtigen.

3. In der Projektstudie "Tamilen" einer Anzahl von Hilfswerken vom November 1984 wird vorgeschlagen, für Tamilen spezifische Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme während ihres Aufenthalts in der Schweiz zu organisieren. Es würde sich dabei um eine Art Rückkehrvorbereitung mit entwicklungspolitischer Perspektive handeln. Das Modell für Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Tamilen sollte ein Pilotprojekt sein, welches später auch auf andere Asylbewerber angewandt werden könnte.

Dieser Vorschlag muss neben anderen als möglicher Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems geprüft werden. Der Bundesrat hält es grundsätzlich für richtig, dass Asylbewerber während ihres Aufenthalts in der Schweiz sinnvoll beschäftigt werden. Das Anliegen der Interpellation lässt sich dem Problemkreis der Rückkehrhilfe zuordnen. Die zuständigen Bundesbehörden haben schon Schritte unternommen, um in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen ein Modell für eine mögliche Rückkehrhilfe zu erarbeiten. Dabei ist die Frage kontrovers, ob diese Hilfe mehr in Form von Beratung oder von eigentlichen Ausbildungsprogrammen geleistet werden soll.



85.312 Interpellation Uchtenhagen du 4 février 1985  
Retour des Tamouls dans leur pays

L'escalade de la violence survenue ces derniers mois au nord du Sri Lanka donne lieu à une situation proche de la guerre civile. Selon des avis concordants, la vie des Tamouls dont l'âge se situe entre 18 et 35 ans y est généralement mise en danger. Leur sécurité n'est pas davantage garantie dans le Sud. Dans ces circonstances, il ne semble pas admissible de renvoyer les demandeurs d'asile tamouls dans leur patrie.

Le Conseil fédéral est donc prié de répondre aux questions suivantes :

1. Les bases sur lesquelles il est appuyé pour prendre sa décision du 1er octobre 1984, selon laquelle les Tamouls pouvaient en principe être renvoyés chez eux, apparaissent peu dignes de foi. Que fait-il en conséquence pour fonder sa politique sur des données plus fiables ?
2. Depuis le début de l'an, les autorités de certains cantons rejettent systématiquement les demandes d'asile et ont décidé pour une période indéterminée de refuser tout permis de travail. Le Gouvernement estime-t-il ces pratiques conciliables avec la loi sur l'asile?
3. Vu les nouveaux problèmes qui se posent en matière d'asile, les organisations d'entraide seraient manifestement prêtes à trouver des solutions inédites et à organiser par exemple des programmes de formation et d'emploi pour les demandeurs d'asile qui ne peuvent provisoirement retourner dans leur pays. Le Gouvernement envisage-t-il d'appuyer de tels programmes, notamment pour les demandeurs d'asile auxquels on a refusé d'octroyer un permis de travail ?

Cosignataires : Ammann-Saint-Gall, Borel, Braunschweig, Chopard, Christinat, Deneys, Frankhauser, Friedli, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Soleure, Longet, Mauch, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Riesen-Fribourg, Robbiani, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Weber-Arbon

25.4.1985



### Réponse du Conseil fédéral

1. Pour prendre sa décision du 1er octobre 1984, le Conseil fédéral avait plusieurs éléments d'appréciation à disposition, d'une part, le rapport à caractère interne Hess/Hadorn et d'autre part, les prises de position notamment du Haut Commissariat des Nations-Unies pour les réfugiés et des oeuvres d'entraide suisses. Leurs analyses de la situation se recoupaient en majeure partie. Il n'y a donc pas de raison de les mettre en doute. Les auteurs de ces différentes études s'exprimaient, certes, de manière différente sur la possibilité de rapatrier les Tamouls dont la demande était rejetée et par conséquent dans leurs conclusions.

Aussi, en regard d'une situation aussi complexe, le Conseil fédéral continuera à consulter l'ensemble des sources d'information à sa disposition afin de prendre les décisions qui lui incombent en toute connaissance de cause.

2. La loi sur l'asile donne aux cantons la compétence de délivrer des autorisations de travail aux requérants d'asile.

Cette délégation de compétence aux cantons leur procure la souplesse nécessaire qui permet de tenir compte des conditions locales. Ils peuvent ainsi non seulement accorder la priorité aux travailleurs indigènes dans certains cas particuliers mais aussi, par un octroi prudent d'autorisations de travail, tenir compte du marché de l'emploi. Il leur sera également possible de refuser de telles autorisations lorsque la demande d'asile ne vise qu'à leur octroi.

Compte tenu de la situation actuelle, le Conseil fédéral estime justifié le refus de l'autorisation de travail durant les premiers mois qui suivent le dépôt de la demande d'asile et considère cette mesure comme acceptable par les requérants. Une interdiction générale prolongée, en revanche est à rejeter. Elle aurait pour conséquence de prolonger l'assistance des intéressés et de compromettre leur faculté de réintégration lors d'un retour dans leur patrie.

3. Dans l'étude consacrée par certaines oeuvres d'entraide suisses à la question des Tamouls, de novembre 1984, celles-ci ont proposé l'organisation d'un programme particulier de formation et d'occupation durant leur séjour en Suisse. Cela pourrait représenter une préparation au rapatriement dans une perspective de politique de développement. Un tel projet à l'intention des Tamouls pourrait,

ultérieurement, servir de modèle applicable à d'autres catégories de requérants. Parmi d'autres, cette proposition mérite d'être prise en considération comme un moyen de résoudre le problème des réfugiés. Par principe, le Conseil fédéral estime judicieux d'occuper les demandeurs d'asile pendant leur séjour en Suisse. Le thème soulevé par l'interpellatrice relève de la problématique de l'aide au rapatriement. Les autorités fédérales compétentes ont déjà étudié des mesures allant dans ce sens en collaboration avec les milieux intéressés. Que cette aide soit accordée plutôt sous forme de conseils que par un programme de formation concret reste la seule question controversée.

Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Grundlagen, auf die sich der Bundesrat bei seiner Entscheidung vom 1. Oktober 1984 stützte, von nach-assyauhenden Familien grundsätzlich zurückgewiesen werden können, haben sich als wenig zuverlässig erwiesen. Es stellt sich daher die Frage, welche Anstrengungen der Bundesrat jetzt unternimmt, um seinen bevorstehenden Entscheid auf eine zuverlässigere Basis abzustützen.
2. Seit Beginn dieses Jahres verweigern die Behörden einander Kantone Asylsuchenden generell und auf abgeleitete Weise Arbeitserlaubnis. Wie verhält sich diese Praxis nach Auffassung des Bundesrates mit der eidgenössischen Asylgesetzgebung?
3. Angelehnt an den zum Teil neuartigen Asylproblematik wären die Hilfsorganisationen offensichtlich bereit, neue Wege zu beschreiten und z.B. Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme zu organisieren für jene Asylsuchende, welche vorübergehend nicht in ihr Land zurückkehren können. Ist der Bundesrat bereit, derartige Massnahmen zu fördern insbesondere für jene



85.312 Interpellation Uchtenhagen vom 4.2.1985  
Heimschaffung von Tamilen

---

Text des Vorstosses

Die Eskalation der Gewalt hat in den letzten Monaten im Norden Sri Lankas zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt. Nach übereinstimmenden Aussagen ist das Leben junger Tamilen zwischen 18 und 35 Jahren im Norden generell gefährdet. Auch im Süden ist ihre Sicherheit nicht gewährleistet. In dieser Situation erscheint es nicht verantwortbar, asylsuchende Tamilen in ihre Heimat zurückzuschaffen.

Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Grundlagen, auf die sich der Bundesrat bei seinem Entscheid vom 1. Oktober 1984 stützte, wonach asylsuchende Tamilen grundsätzlich zurückgeschickt werden können, haben sich als wenig zuverlässig erwiesen. Es stellt sich daher die Frage, welche Anstrengungen der Bundesrat jetzt unternimmt, um seinen bevorstehenden Entscheid auf eine zuverlässigere Basis abzustützen.
2. Seit Beginn dieses Jahres verweigern die Behörden einzelner Kantone Asylsuchenden generell und auf unbestimmte Zeit jede Arbeitsbewilligung. Wie verträgt sich diese Praxis nach Auffassung des Bundesrates mit der eidgenössischen Asylgesetzgebung?
3. Angesichts der zum Teil neuartigen Asylproblematik wären die Hilfsorganisationen offensichtlich bereit, neue Wege zu beschreiten und z.B. Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme zu organisieren für jene Asylgesuchsteller, welche vorübergehend nicht in ihr Land zurückkehren können. Ist der Bundesrat bereit, derartige Massnahmen zu fördern insbesondere für jene

Asylgesuchsteller, denen keine Arbeitsbewilligung erteilt wird?

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Borel, Braunschweig, Chopard, Christinat, Deneys, Fankhauser, Friedli, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Solothurn, Longet, Mauch, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Weber-Arbon (25)

Antwort des Bundesrates

1. Dem Bundesrat standen für seinen Beschluss vom 1. Oktober 1984 verschiedene Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung, nebst verwaltungsinternen Berichten unter anderen auch die Stellungnahme des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge und der schweizerischen Flüchtlingshilfswerke. Diese Quellen decken sich in den Lagefeststellungen zum grössten Teil. Es besteht deshalb kein Anlass, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln. Allerdings beurteilen die Autoren dieser verschiedenen Studien die Frage der Zumutbarkeit der Heimschaffung von abgewiesenen tamilischen Asylbewerbern nach Sri Lanka unterschiedlich und gelangen demzufolge zu verschiedenen Schlussfolgerungen.

Angesichts dieser komplexen Lage wird der Bundesrat auch in Zukunft alle ihm zugänglichen Informationsquellen sorgfältig ausschöpfen, um die ihm obliegenden Entscheide so breit wie nötig abzustützen.

2. Nach dem Asylgesetz sind die Kantone zuständig, den Asylgesuchstellern Arbeitsbewilligungen zu erteilen. Diese Kompetenzzuweisung hat ihren Sinn darin, den Kantonen die nötige Flexibilität zu gewähren, um den jeweiligen lokalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Damit können die Kantone nicht nur



ihrer Pflicht zur Berücksichtigung der Priorität des einheimischen Arbeitnehmers im Einzelfall nachkommen, sondern auch durch eine generell zurückhaltende Bewilligungspraxis vermehrt schwierigen Arbeitsmarktverhältnissen Rechnung tragen. Schliesslich können sie in Fällen, in denen Ausländer ein Asylgesuch lediglich zum Zweck der Erlangung einer Arbeitsbewilligung stellen, die Bewilligung verweigern.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass angesichts der gegenwärtigen Umstände die Verweigerung einer Arbeitsbewilligung in den ersten Monaten nach Einreichung eines Asylgesuches vertretbar und den Gesuchstellern zuzumuten ist. Dagegen sind länger andauernde generelle Arbeitsverbote abzulehnen. Sie führen dazu, dass die Betroffenen fürsorgerisch unterstützt werden müssen, und können die Reintegrationsfähigkeit bei einer Rückkehr ins Heimatland beeinträchtigen.

3. In der Projektstudie "Tamilen" einer Anzahl von Hilfswerken vom November 1984 wird vorgeschlagen, für Tamilen spezifische Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme während ihres Aufenthalts in der Schweiz zu organisieren. Es würde sich dabei um eine Art Rückkehrvorbereitung mit entwicklungspolitischer Perspektive handeln. Das Modell für Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Tamilen sollte ein Pilotprojekt sein, welches später auch auf andere Asylbewerber angewandt werden könnte.

Dieser Vorschlag muss neben anderen als möglicher Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems geprüft werden. Der Bundesrat hält es grundsätzlich für richtig, dass Asylbewerber während ihres Aufenthalts in der Schweiz sinnvoll beschäftigt werden. Das Anliegen der Interpellation lässt sich dem Problemkreis der Rückkehrhilfe zuordnen. Die zuständigen Bundesbehörden haben schon Schritte unternommen, um in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen ein Modell für eine mögliche Rückkehrhilfe zu erarbeiten. Dabei ist die Frage kontrovers, ob diese Hilfe mehr in Form von Beratung oder von eigentlichen Ausbildungsprogrammen geleistet werden soll.



Réponse du Conseil fédéral85.312 Interpellation Uchtenhagen du 4 février 1985  
Retour des Tamouls dans leur pays

L'escalade de la violence survenue ces derniers mois au nord du Sri Lanka donne lieu à une situation proche de la guerre civile. Selon des avis concordants, la vie des Tamouls dont l'âge se situe entre 18 et 35 ans y est généralement mise en danger. Leur sécurité n'est pas davantage garantie dans le Sud. Dans ces circonstances, il ne semble pas admissible de renvoyer les demandeurs d'asile tamouls dans leur patrie.

Le Conseil fédéral est donc prié de répondre aux questions suivantes :

1. Les bases sur lesquelles il est appuyé pour prendre sa décision du 1<sup>er</sup> octobre 1984, selon laquelle les Tamouls pouvaient en principe être renvoyés chez eux, apparaissent peu dignes de foi. Que fait-il en conséquence pour fonder sa politique sur des données plus fiables ?
2. Depuis le début de l'an, les autorités de certains cantons rejettent systématiquement les demandes d'asile et ont décidé pour une période indéterminée de refuser tout permis de travail. Le Gouvernement estime-t-il ces pratiques conciliables avec la loi sur l'asile ?
3. Vu les nouveaux problèmes qui se posent en matière d'asile, les organisations d'entraide seraient manifestement prêtes à trouver des solutions inédites et à organiser par exemple des programmes de formation et d'emploi pour les demandeurs d'asile qui ne peuvent provisoirement retourner dans leur pays. Le Gouvernement envisage-t-il d'appuyer de tels programmes, notamment pour les demandeurs d'asile auxquels on a refusé d'octroyer un permis de travail ?

Cosignataires : Ammann-Saint-Gall, Borel, Braunschweig, Chopard, Christinat, Deneys, Frankhauser, Friedli, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Soleure, Longet, Mauch, Morf, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Riesen-Fribourg, Robbiani, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Weber-Arbon

25.4.1985



## Réponse du Conseil fédéral

1. Pour prendre sa décision du 1er octobre 1984, le Conseil fédéral avait plusieurs éléments d'appréciation à disposition, d'une part, des rapports à caractère interne et d'autre part, les prises de position notamment du Haut Commissariat des Nations-Unies pour les réfugiés et des oeuvres d'entraide suisses. Leurs analyses de la situation se recoupaient en majeure partie. Il n'y a donc pas de raison de les mettre en doute. Les auteurs de ces différentes études s'exprimaient, certes, de manière différente sur la possibilité de rapatrier les Tamouls dont la demande était rejetée et par conséquent dans leurs conclusions.

Aussi, en regard d'une situation aussi complexe, le Conseil fédéral continuera à consulter l'ensemble des sources d'information à sa disposition afin de prendre les décisions qui lui incombent en toute connaissance de cause.

2. La loi sur l'asile donne aux cantons la compétence de délivrer des autorisations de travail aux requérants d'asile.

Cette délégation de compétence aux cantons leur procure la souplesse nécessaire qui permet de tenir compte des conditions locales. Ils peuvent ainsi non seulement accorder la priorité aux travailleurs indigènes dans certains cas particuliers mais aussi, par un octroi prudent d'autorisations de travail, tenir compte du marché de l'emploi. Il leur sera également possible de refuser de telles autorisations lorsque la demande d'asile ne vise qu'à leur octroi.

Compte tenu de la situation actuelle, le Conseil fédéral estime justifié le refus de l'autorisation de travail durant les premiers mois qui suivent le dépôt de la demande d'asile et considère cette mesure comme acceptable par les requérants. Une interdiction générale prolongée, en revanche est à rejeter. Elle aurait pour conséquence de prolonger l'assistance des intéressés et de compromettre leur faculté de réintégration lors d'un retour dans leur patrie.

3. Dans l'étude consacrée par certaines oeuvres d'entraide suisses à la question des Tamouls, de novembre 1984, celles-ci ont proposé l'organisation d'un programme particulier de formation et d'occupation durant leur séjour en Suisse. Cela pourrait représenter une préparation au rapatriement dans une perspective de politique de développement. Un tel projet à l'intention des Tamouls pourrait,

ultérieurement, servir de modèle applicable à d'autres catégories de requérants. Parmi d'autres, cette proposition mérite d'être prise en considération comme un moyen de résoudre le problème des réfugiés. Par principe, le Conseil fédéral estime judicieux d'occuper les demandeurs d'asile pendant leur séjour en Suisse. Le thème soulevé par l'interpellatrice relève de la problématique de l'aide au rapatriement. Les autorités fédérales compétentes ont déjà étudié des mesures allant dans ce sens en collaboration avec les milieux intéressés. Que cette aide soit accordée plutôt sous forme de conseils que par un programme de formation concret reste la seule question controversée.


Aufgrund des Antrages des NFD vom 17. April 1955

Aufgrund der Ergebnisse des Mitarbeiterverfahrens wird

Geschlossen:

Die Antwort auf die Interpellation, Ruf-Bern wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:



An den Nationalrat:

Stimmverteilung am:			
25. April 1955			
Nr.	Partei	Stimm.	Stimmen
1	SED	5	-
	BDP		
2	KVP	5	-
	FDP		
	NFD		
	UD		
	SP		
3	SN	6	-
	SP		
	SP		